



Tagesordnung I Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 22. April 2008

Vorlagen-Nr. 08-F-25-0046

Einführung des Handy-Tickets für Wiesbadener Busse

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 7.4.2008 -

Vorbemerkung

In immer mehr Regionen der Bundesrepublik Deutschland wird neben dem klassischen Erwerb von Busfahrtscheinen das Handy als Bezahlmittel genutzt. So kann man nach einer kostenlosen Anmeldung bereits bei der Deutschen Bahn AG sowie den Verkehrsbetrieben in Köln, Chemnitz, Dresden/Oberelbe, Düsseldorf, Essen, Hamburg, Lübeck, Nürnberg, Münster, Ulm, Wuppertal und nicht zuletzt im Bereich des Rhein-Main-Verkehrsverbundes seinen Fahrchein per Handy erwerben.

Die Vorteile für den Kunden liegen auf der Hand: Keine Wartezeiten, keine Kleingeldnöte, kein Zeitdruck und eine einfache Handhabung per Mobiltelefon.

Ein solcher Service wäre auch in Wiesbaden eine bequeme und kundenfreundliche Ergänzung des bereits bestehenden Angebots der ESWE Verkehrs GmbH.

Daher möge der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. mit der ESWE Verkehrs GmbH Gespräche zu führen, um, in Anlehnung an bereits vorhandene Konzepte bundesdeutscher Verkehrsbetriebe, den Service des Handytickets in das Angebot der ESWE Verkehrs GmbH aufzunehmen,
2. im Zuge der Einführung dieses Angebots ebenfalls zu prüfen, ob parallel hierzu eine Auskunft per SMS-Dienst möglich sein wird sowie
3. den zuständigen Gremien einen detaillierten Bericht über die Kosten und den Aufwand vor der Einführung vorzulegen.

Beschluss Nr. 0078

Der Magistrat wird gebeten,

1. mit der ESWE Verkehrs GmbH Gespräche zu führen, um, in Anlehnung an bereits vorhandene Konzepte bundesdeutscher Verkehrsbetriebe, den Service des Handytickets in das Angebot der ESWE Verkehrs GmbH aufzunehmen,
2. im Zuge der Einführung dieses Angebots ebenfalls zu prüfen, ob parallel hierzu eine Auskunft per SMS-Dienst möglich sein wird sowie
3. den zuständigen Gremien einen detaillierten Bericht über die Kosten und den Aufwand vor der Einführung vorzulegen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2008

Kessler
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .04.2008

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .04.2008

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister